

ANTWORT AUF DIE MOTIONEN

der PDCB-Fraktion, durch Grossrat Joël Gaillard, betreffend Finanzierung der Transportkosten für Mittelschüler und Lernende 3.117 und 3.118 (11.09.2007)

I - Ist-Zustand

a) Obligatorische Schule

- Hier sind Artikel 12 und 120 des Gesetzes über das öffentliche Unterrichtswesen von 1962 (GUW) massgebend, welche – unabhängig von Alter und Schulklasse – die Unentgeltlichkeit des Transports der Schüler, welche die obligatorische Schule besuchen, gewährleisten und die kantonale Subvention in diesem Bereich regeln.
- Das Reglement über die Gewährung von diversen Beiträgen aufgrund des Gesetzes über das öffentliche Unterrichtswesen vom 13. Januar 1988 verpflichtet die Gemeinden, für Schüler, deren Schulweg zu Fuss mehr als eine halbe Stunde dauert, einen kostenlosen Transport zu organisieren.

b) Mittelschulen

Im Gesetz sind keine Transportbeiträge vorgesehen. Einige Gemeinden übernehmen jedoch aus eigenem Antrieb heraus die Kosten für den Transport der auf ihrem Gebiet wohnenden Schüler, welche das 1. Kollegiumsjaar besuchen und noch im obligatorischen Schulalter sind.

c) Berufsschulen

- Laut Artikel 36 des Gesetzes vom 14. November 1984, welches das Bundesgesetz über die Berufsbildung vollzieht, werden die Reisespesen der Lernenden den Gemeinden fakturiert, in denen die Lehrmeister ihren Arbeitsort haben, nachdem der Kanton diese Gelder vorgeschossen hat. Das ganze administrative Verfahren ist sehr komplex.
- Im Vollziehungsreglement vom 20. Februar 1985 zum Gesetz, welches das Bundesgesetz über die Berufsbildung vollzieht, ist eine Kontrolle der effektiven Kosten (einschl. Unterkunft) vorgesehen.
- Gemäss Gesetz über den kantonalen Berufsbildungsfonds vom 17. Juni 2005 trägt der Fonds zur Finanzierung der Reisespesen der Lernenden für den Besuch der überbetrieblichen Kurse (ehemals Einführungskurse) bei, die zu Lasten der Lehrbetriebe gehen.

Der Beitrag des Kantons besteht aktuell aus einer Stelle für die Administration (annähernd 100%) und einer Einlage von **Fr. 145'000.-** in den kantonalen Fonds (Budget 2007).

Die Gemeinden zahlen ihrerseits rund **Fr. 1.85 Mio.** pro Jahr an Lernende, welche die Rückerstattungsbedingungen erfüllen (rund ein Drittel).

Es gilt zu beachten, dass:

- im Entwurf des neuen Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz (Version der thematischen Version) vorgesehen ist, dass die Reisespesen in Zusammenhang mit dem Berufsschulunterricht und den überbetrieblichen Kursen zurückerstattet werden (wie dies bereits seit 1984 der Fall ist),
- in der Vernehmlassung dieses neuen Gesetzes keine Gemeinde Vorbehalte bezüglich der Finanzierung dieser Kosten angebracht hat.

II – Schätzung der Kosten für die Übernahme der Reisespesen

Gemäss ersten Studien und Untersuchungen würde die Übernahme der Reisespesen der **Mittelschüler** den Staat pro Jahr rund **Fr. 5 Mio.** kosten.

- 80% der 7'000 Studierenden an den zehn kantonalen Schulen (Kollegien, Handelsmittelschulen, Fachmittelschulen und Schulen für Berufsvorbereitung) hätten Anspruch auf eine Rückerstattung der Reisespesen, wenn man dieselben Kriterien anwendet wie für die Schüler der obligatorischen Schule.
- Finanziell am besten fährt man mit einem Jahresabonnement (12 Monate) für die Strecke zwischen Schule und Wohnort. Dies kostet durchschnittlich Fr. 900.- (Strecke von 17 km).

Die gegenwärtig von den Gemeinden und vom kantonalen Fonds übernommenen Reisespesen der **Lernenden** würden auf den Kanton übertragen und diesen auf Grundlage der aktuellen Zahlen **Fr. 2 Mio.** pro Jahr kosten.

Ausserdem müssten neue administrative Stellen geschaffen werden, welche laut ersten Schätzungen auf rund **Fr. 0.5 Mio.** pro Jahr zu stehen kämen.

Gemäss obigen Schätzungen und Hypothesen müsste der Staat für die Rückerstattung und Administration der Reisespesen für Mittel- und Berufsschüler also rund Fr. 7.5 Mio. pro Jahr aufwenden.

III - Gleichbehandlung

Das DEKS stellt sich auch folgende Fragen zur Gleichbehandlung, welche zunächst geklärt werden müssten:

- Lässt sich das Kriterium des 30-minütigen Schulwegs, welches für die obligatorische Schule gilt, auch auf Mittel- und Berufsschüler übertragen?
- Sollen Jahrespauschalen gewährt werden, die keinen Unterschied zwischen Unterrichtszeiten und Freizeit machen? Wenn nicht, macht dann eine Kontrolle der effektiven, tagesweisen Kosten Sinn? Sollen jene, welche nicht die öffentlichen Transportmittel benutzen, auch Anspruch auf eine Kostenrückerstattung haben?
- Sollen Jugendliche, die zwar einen abgelegenen Wohnort haben, jedoch im Internat wohnen, auch in den Genuss dieser Entschädigungen kommen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?
- Welche Auswirkungen und Abänderungen von interkantonalen Vereinbarungen sind bei dieser Regelung in Bezug auf ausserkantonal wohnhafte Studierende zu erwarten?
- Soll man bei der Höhe der Entschädigung dem Familieneinkommen Rechnung tragen oder nicht?
- usw.

Ausserdem müssten auch die Ansätze im Bereich der Stipendien und Ausbildungsdarlehen, die ja ein breiteres Spektrum abdecken (Reisespesen, Mahlzeiten, Schulgeld, Material, Kleidung, Taschengeld) überdacht werden.

IV – Position des Staatsrates

Der Staatsrat ist der Ansicht, dass diese Frage dem Grundsatz der Gleichbehandlung unterstellt werden muss und die Machbarkeit im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden zu analysieren ist.

Die Motionen werden in ihrem Grundsatz angenommen, unter Vorbehalt der obigen Bemerkungen und im Rahmen der Analyse der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden.

Sitten, den 28. Januar 2008